

Liebe Friedensinteressierte,

wegen der international äußerst angespannten Lage sende ich heute einen Sondernewsletter zu den Kriegen in der Ukraine und in Westasien.

Auch heute wieder mit dem Hinweis, dass ich nicht mit allen Aussagen übereinstimme, die Artikel aber für relevant halte.

- 1. Die Presse: Oberst Reisner: ATACMS-Raketen gegen Ziele in Russland „führen nicht zwangsläufig zur Eskalation“**
- 2. FR: Vertraute schlagen Alarm wegen „drittem Weltkrieg“ nach Biden-Entscheidung**
- 3. DLF: Neue russische „Oreschnik“-Rakete -Generalsekretär Rutte beruft NATO-Ukraine-Rat ein – Scholz: „furchtbare Eskalation“**
- 4. Eurotopics: Weitere Schwelle überschritten / Bis zum Atomkrieg ist es nicht mehr weit**
- 5. Berliner Zeitung: Ex-Armeechef der Ukraine: Der Dritte Weltkrieg hat begonnen**
- 6. NZZ: Putin sendet dem Westen seine bisher schärfste Atomwaffendrohung: Was bezweckt er, und was macht die neue russische Rakete so besonders?**
- 7. Augengeradeaus: Aus dem vom Kreml veröffentlichten Transkript der Ansprache Putins**
- 8. Der Freitag: Ein Albtraum: 2026 könnte von Deutschland aus auf russische Atomarsenale gezielt werden**
- 9. BSV: Pazifismus heute: Ein Gespräch über Alternativen zum Krieg in der Ukraine**
- 10. Bundeswehr in Bildungseinrichtungen - GEW: Große Unterstützung der Popularklage gegen Bundeswehr-Fördergesetz**
- 11. „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“ - Neue Kampagne für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen**
- 12. ICC-CPI: Pressemitteilung des Internationalen Strafgerichtshofs**
- 13. taz: Haftbefehl gegen Netanjahu - Begründeter Verdacht für Kriegsverbrechen**
- 14: Deutschland muss umgehend aufhören, die Vernichtung von Palästinenser:innen zu unterstützen - Offener Brief an die deutsche Bundesregierung**
- 15. Der Spiegel: Israels Krieg gegen die Hamas - Wie ein »Bild«-Bericht zur Staatsaffäre wurde**
- 16. Der Spiegel: Premier Netanyahu unter Druck - Leak eines Top-Secret-Berichts an die »Bild«-Zeitung erschüttert Israel**
- 17. change.org: Offener Leserbrief an die Tagesschau-Redaktion**

## 18. FÜR EINEN GERECHTEN FRIEDEN IN PALÄSTINA UND ISRAEL

---

### 1. Die Presse: Oberst Reisner: ATACMS-Raketen gegen Ziele in Russland „führen nicht zwangsläufig zur Eskalation“

<https://www.diepresse.com/19083490/oberst-reisner-atacms-raketen-gegen-ziele-in-russland-fuehren-nicht-zwangslaefig-zur-eskalation>

**Oberst Reisner:**

#### **ATACMS-Raketen gegen Ziele in Russland „führen nicht zwangsläufig zur Eskalation“**

Für den Militärexperthen Markus Reisner hängen die Folgen von Bidens Kurswechsel in der Ukraine von der Reichweite und den Fähigkeiten der eingesetzten Waffensysteme ab. Die bisherigen Informationen würden auf den Einsatz der Kurzstreckenversion des ATACMS-Systems hindeuten.

18.11.2024 um 12:36

Die Entscheidung der US-Administration von Präsident Joe Biden, der Ukraine den Einsatz von weitreichenden Waffen auf russischem Territorium zu erlauben, führe nach Ansicht des Militärexperthen Markus Reisner nicht „zwangsweise zu einer Eskalation“.

Die Folgen dieses „Paradigmenwechsels“ auf den Kriegsverlauf oder eine etwaige Verhandlungsposition der Ukraine hängen von der Reichweite und den Fähigkeiten der eingesetzten Waffensysteme ab, sagt der Bundesheer-Oberst.

Berichte aus den USA deuten laut Reisner darauf hin, dass das US-System ATACMS in der Kurzstreckenversion mit einer Reichweite von 165 km eingesetzt werden solle.

Ein Einsatz im Raum Kursk - unter anderem gegen Truppenkonzentrationen russischer und nordkoreanischer Soldaten in dem russischen Gebiet - würde bedeuten, dass die USA versuchen, der Ukraine zu ermöglichen, die besetzten russischen Gebiete so lange wie möglich zu halten.

„Dies würde eine etwaige Verhandlungsposition der Ukraine verbessern und nicht zwangsweise zu einer - bis jetzt von den USA immer vermiedenen - Eskalation führen.“

#### **Erlaubnis für britische und französische Waffensysteme noch offen**

Reisner betont: „Im Moment deutet noch nichts darauf hin, dass die

Erlaubnis des Einsatzes der ATACMS-Langstreckenversion mit einer Reichweite von bis zu 300 km erteilt wurde. Erst mit dieser Fähigkeit wäre es möglich, russische Munitionsdepots und Flugplätze umfassend anzugreifen und massiven Druck auf die russische Seite auszuüben.“

Offen sei zudem auch, ob Großbritannien und Frankreich gleichziehen und den Einsatz von STORM SHADOW und SCALP mit einer Reichweite von 560 km ebenfalls und mit Zustimmung der USA erlauben. „Dies würde den Druck auf Russland signifikanter erhöhen.“

Reisner verweist gleichzeitig auf die wiederholte Drohung des russischen Machthabers Wladimir Putin, den Einsatz derartiger weitreichender westlicher Waffensysteme auf russischem Territorium als direkte Beteiligung von Nato-Staaten am Konflikt anzusehen und sich Gegenmaßnahmen vorzubehalten.

Putins wiederholt öffentlich vorgetragenes Argument sei dabei, dass die Ukraine selbst über keine technischen Fähigkeiten zur Ziel- und Zielstreckenprogrammierung verfüge. Ein derartiger Einsatz könne daher nur durch einen Nato-Staat ermöglicht werden. (APA)

-----

## **2. FR: Vertraute schlagen Alarm wegen „drittem Weltkrieg“ nach Biden-Entscheidung**

[https://www.fr.de/politik/warnung-vor-drittem-weltkrieg-trump-vertraute-schlagen-alarm-nach-bidens-atacms-erlaubnis-fuer-ukraine-93418188.html?utm\\_source=firefox-newtab-de-de#google\\_vignetteTrump-](https://www.fr.de/politik/warnung-vor-drittem-weltkrieg-trump-vertraute-schlagen-alarm-nach-bidens-atacms-erlaubnis-fuer-ukraine-93418188.html?utm_source=firefox-newtab-de-de#google_vignetteTrump-)

### **Vertraute schlagen Alarm wegen „drittem Weltkrieg“ nach Biden-Entscheidung**

Stand: 22.11.2024, 13:56 Uhr

Von: Christoph Gschoßmann

Washington – Die Amtszeit von US-Präsident Joe Biden neigt sich dem Ende zu. Nachdem sie sich während des Wahlkampfs möglicherweise zurückgehalten haben, zeigen die geschlagenen Demokraten nun ihre Unterstützung für die Ukraine deutlicher denn je: Biden erlaubt der Ukraine, im russischen Angriffskrieg weitreichendere Raketen gegen bestimmte Ziele in Russland einzusetzen.

Nachdem bekannt wurde, dass Russland nordkoreanische Truppen in der Grenzregion Kursk stationiert hat, änderte Biden wohl seine Haltung.

Laut der New York Times hat Biden erstmals den Einsatz von ATACMS-Raketen zugelassen, um die ukrainische Armee in der Region Kursk zu unterstützen. Die Reaktionen auf diese spektakuläre Kehrtwende sind sehr unterschiedlich.

Donald Trump junior, der Sohn von Donald Trump, spricht offen von einem möglichen „Dritten Weltkrieg“, der durch die neue Eskalationsstufe eingeleitet werden könnte.

„Der militärisch-industrielle Komplex scheint den Dritten Weltkrieg in Gang setzen zu wollen, bevor mein Vater eine Chance hat, Frieden zu schaffen und Leben zu retten“, schrieb Trump junior auf X (vormals Twitter) mit Blick auf die Demokraten. Er fügte hinzu: „Diese Billionen Dollar müssen festgeschrieben werden.“ Er bezeichnete die Demokraten als „Schwachköpfe“.

Richard Grenell, der ehemalige Botschafter von Trump in Deutschland, kritisierte ebenfalls den Schritt. „Niemand hat damit gerechnet, dass Joe Biden den Krieg in der Ukraine während der Übergangszeit eskalieren würde.“

Das ist, als würde er einen ganz neuen Krieg beginnen. Jetzt ist alles anders – alle bisherigen Kalkulationen sind jetzt null und nichtig. Und das alles für die Politik“, schrieb Grenell auf X.

Trump selbst hat sich bisher auffällig zurückgehalten. Es ist bekannt, dass er auf Entscheidungen dieser Art durch Stellvertreter reagiert, sich selbst aber distanziert hält und später je nach Entwicklung reagiert. Trump hatte im Wahlkampf angekündigt, den Krieg in der Ukraine schnell beenden zu wollen.

Auf den ersten Blick scheint dies nicht mit Bidens neuer Ankündigung übereinzustimmen, doch es könnte dennoch der Fall sein. Trump hat sich immer für einen Frieden aus der Position der Stärke ausgesprochen. Bidens Schritt könnte beide Seiten zu Verhandlungen zwingen.

Es ist nicht unmöglich, dass die US-Unterstützung an die Bedingung einer diplomatischen Lösung geknüpft ist. Vielleicht war Trump sogar in Bidens Schritt eingeweiht. Nach seiner Wahl besuchte Trump Biden bereits im Weißen Haus.

Die Aussagen aus Moskau sind kaum überraschend. Der russische Außenpolitiker Leonid Sluzki warnte vor einer Eskalation im Ukraine-Krieg.

„US-Raketenangriffe tief in russischen Gebieten werden unweigerlich zu einer größeren Eskalation führen, die droht, noch weitaus ernstere Folgen nach sich zu ziehen“, sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma im Gespräch mit der staatlichen russischen Nachrichtenagentur Tass.

Sollte sich die Information bestätigen, sagte Sluzki, dann werde Russland aufs Schärfste reagieren. US-Präsident Joe Biden habe entschieden, sich als „blutiger Joe“ aus dem Amt zu verabschieden und so in die Geschichte einzugehen.

Biden mache es seinem designierten Nachfolger Donald Trump nicht nur schwerer, den Krieg in der Ukraine zu beenden, sondern auch eine

globale Konfrontation zu verhindern. Bestätigt werde dadurch auch einmal mehr, dass die USA direkt beteiligt seien an dem Krieg in der Ukraine, sagte Sluzki.

Auch Machthaber Wladimir Putin hatte wiederholt vor einer neuen Eskalation in dem Krieg gewarnt, sollte das passieren.

Deutschland könnte nun ebenfalls unter Druck geraten: Die Entscheidung der Amerikaner dürfte die Debatte über den Marschflugkörper Taurus neu entfachen. Eine Taurus-Lieferung an die Ukraine lehnte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bislang ab.

Außenministerin Annalena Baerbock hat dagegen mit Zustimmung auf die Berichte reagiert. Es gehe jetzt darum, „dass die Ukrainer nicht warten müssen, dass die Rakete über die Grenze fliegt, sondern dass man die militärischen Abschussbasen, dass man von dort, wo die Rakete geflogen wird, dass man das zerstören kann“, sagte die Grünen-Politikerin im rbb Inforadio. Dies sei im Rahmen des Selbstverteidigungsrechts jedes Landes. (...)

--

### **3. DLF: Neue russische „Oreschnik“-Rakete**

**Generalsekretär Rutte beruft NATO-Ukraine-Rat ein – Scholz: „furchtbare Eskalation“**

[https://www.deutschlandfunk.de/generalsekretaer-rutte-beruft-nato-ukraine-rat-ein-scholz-furchtbare-eskalation-100.html?utm\\_source=firefox-newtab-de-de](https://www.deutschlandfunk.de/generalsekretaer-rutte-beruft-nato-ukraine-rat-ein-scholz-furchtbare-eskalation-100.html?utm_source=firefox-newtab-de-de)

#### **Neue russische „Oreschnik“-Rakete**

**Generalsekretär Rutte beruft NATO-Ukraine-Rat ein – Scholz: „furchtbare Eskalation“**

NATO-Generalsekretär Rutte hat nach dem Einsatz einer neuen russischen Mittelstreckenrakete eine Sitzung des NATO-Ukraine-Rats einberufen.

Bei dem Treffen am Dienstag soll es nach Angaben eines Bündnissprechers um den jüngsten russischen Angriff auf die ukrainische Großstadt Dnipro gehen.

22.11.2024

Dabei hatte Russland nach eigenen Angaben eine neue Mittelstreckenrakete mit dem Namen Oreschnik abgefeuert. Sie soll angeblich mit Hyperschallgeschwindigkeit fliegen und nicht abgefangen werden können. Auch heute wurde ein russischer Raketenangriff auf Dnipro gemeldet. Die Stadt ist ein wichtiger Rüstungsstandort. Scholz plädiert erneut gegen Taurus-Lieferung

Bundeskanzler Scholz hat den Einsatz der neuen russischen Mittelstreckenrakete als „furchtbare Eskalation“ bezeichnet. Zugleich mahnte er zur Besonnenheit. Man müsse dafür Sorge tragen, dass der Krieg nicht zu einem Krieg zwischen Russland und der NATO werde. Er sprach sich erneut dagegen aus, der Ukraine weitreichende Marschflugkörper zu liefern.

Der ukrainische Präsident Selenskyj hatte zuvor eine Reaktion der Weltgemeinschaft gefordert. Er sprach in seiner abendlichen Videobotschaft von einer bedeutenden Zunahme der Brutalität des Krieges, auf die die internationale Gemeinschaft reagieren müsse. Im Moment gebe es keine starke Reaktion der Welt, sagte er.

Der russische Staatschef Putin hatte in einer Rede bestätigt, dass die neue Rakete des Typs Oreschnik bei einem Angriff auf die Stadt Dnipro zum Einsatz gekommen sei. Er deutete an, dass diese mit einem nuklearen Sprengkopf ausgerüstet werden könne.

-----

#### **4. Eurotopics: Weitere Schwelle überschritten / Bis zum Atomkrieg ist es nicht mehr weit**

**Die Bundeszentrale für politische Bildung hat die folgenden internationalen Artikel übersetzt:**

<https://www.eurotopics.net/de/329933/ukraine-putin-bestaetigt-angriff-mit-neuem-raketentyp?zitat=329915#zitat329915>

The Economist (GB) / 22. November 2024

##### **Weitere Schwelle überschritten**

„Russland hat in der Vergangenheit eine große Anzahl ballistischer Raketen auf die Ukraine abgefeuert, von denen viele nuklear bestückt werden können, wie die Kinschal. Aber die Oreschnik ist anders. Sie wurde ursprünglich sowohl von Amerika als auch von Russland als Interkontinentalrakete eingestuft.

Selbst wenn ihre Reichweite eine Stufe niedriger ist, handelt es sich bei solchen bodengestützten ballistischen Mittelstreckenraketen um komplexe und teure Waffen, die fast immer mit nuklearen Sprengköpfen in Verbindung gebracht werden. ... Die Oreschnik ist die erste Mittelstreckenrakete mit mehreren Sprengköpfen, die im Kampf abgefeuert wurde. Möglich, dass es nicht die letzte war.“

(...)

Echo (RU) / 21. November 2024

### **Bis zum Atomkrieg ist es nicht mehr weit**

Oppositionspolitiker Lew Schlosberg warnt in einem von Echo publizierten Telegram-Post vor den nächsten Schritten:

„Eskalation kann nicht endlos sein. Jede Seite hat eine anfänglich bekannte Anzahl von Aktionen im Köcher, die nach und nach ausgeschöpft werden. Das Ergebnis der Eskalation kann entweder ein Abrücken vom Abgrund oder das Brechen der Sperrriegel sein. Bislang verlaufen die Ereignisse nach dem zweiten Muster.

Es bleibt nicht mehr viel Zeit bis zum Ende, denn die Eskalationsmunition beider Seiten ist nahezu erschöpft. Noch zwei oder drei Schritte und die Seiten machen Atomwaffen startklar. Vielleicht zunächst nicht in Form eines Militärschlags, sondern in Form eines Tests, aber die Barriere vor nuklearen Angriffen wird überwunden. Danach gibt es nur noch globalen Krieg.“

— —

### **5. Berliner Zeitung: Ex-Armeechef der Ukraine: Der Dritte Weltkrieg hat begonnen**

<https://www.berliner-zeitung.de/news/ex-armeechef-der-ukraine-der-dritte-weltkrieg-hat-begonnen-li.2274499>

#### **Ex-Armeechef der Ukraine: Der Dritte Weltkrieg hat begonnen**

Bis Februar war Walerij Saluschnyj Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee.

Nun, als Botschafter in Großbritannien, äußert er sich besorgt über die neuen Entwicklungen im Ukrainekrieg.

Alexander Schmalz

21.11.2024 aktualisiert am 22.11.2024 - 18:55 Uhr

Der ehemalige Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee, Walerij Saluschnyj, ist der Meinung, die direkte Beteiligung der Verbündeten Russlands am Ukrainekrieg bedeute, dass der Dritte Weltkrieg begonnen habe.

„Ich glaube, dass wir im Jahr 2024 absolut davon ausgehen können, dass der Dritte Weltkrieg begonnen hat“, sagte Saluschnyj, der jetzt Gesandter der Ukraine im Vereinigten Königreich ist, während einer Rede bei der „UP100“-Preisverleihung der ukrainischen Zeitung Ukrainska Pravda. Das berichtet unter anderem das US-amerikanische Nachrichtenportal Politico.

Saluschnyj, der vom Beginn des Ukrainekriegs im Februar 2022 bis zum Februar dieses Jahres Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte war, kennt die Entwicklungen im Ukrainekrieg aus erster Hand. Nach seiner Abberufung wurde ihm die Auszeichnung „Held der Ukraine“ verliehen. Zum Nachfolger wurde Generaloberst Oleksandr Syrskyj ernannt.

### **Selenskyj-Stabschef spricht von Krieg mit Nordkorea und Iran**

Saluschnyj begründete seine Aussage damit, dass die Ukraine längst nicht mehr nur Russland gegenüberstehe. Es gab Berichten zufolge bereits die ersten Zusammenstöße zwischen ukrainischen und nordkoreanischen Truppen.

„Seien wir ehrlich. Bereits in der Ukraine töteten die iranischen ‚Shahed‘ (Drohnen) Zivilisten ganz offen und ohne jede Scham“, sagte Saluschnyj. Darüber hinaus kämen auch nordkoreanische Raketen und chinesische Artilleriegeschosse in der Ukraine zum Einsatz, so der Diplomat. Weitere Waffen seien bereits auf dem Weg.

Andrij Jermak, Stabschef von Wolodymyr Selenskyj, sagte erst vor kurzem in einem Interview mit der italienischen Zeitung Corriere della Sera, die Ukraine befinde sich im Krieg mit Nordkorea und dem Iran.

Die Stationierung von mittlerweile wohl mehr als 10.000 nordkoreanischen Soldaten in der russischen Grenzregion Kursk sorgte vor allem bei den westlichen Verbündeten der Ukraine für Aufregung. Wie die Nachrichtenagentur Associated Press (AP) meldete, soll der Vorgang entscheidend dazu beigetragen haben, dass US-Präsident Joe Biden sich für eine Freigabe westlicher Waffen für Angriffe auf Russland entschieden habe.

### **Putin: Ukrainekrieg hat „Elemente eines globalen Charakters“**

Russlands Präsident Wladimir Putin sagte am Donnerstag in einer Fernsehansprache: Der Ukrainekrieg habe mit dem Einsatz von westlichen Raketen gegen russisches Territorium „Elemente eines globalen Charakters“ erhalten.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums habe die russische Luftabwehr am Mittwoch zwei von der Ukraine abgefeuerten britische Storm-Shadow-Marschflugkörper abgeschossen. Erst am Vortag hatte die ukrainische Armee erstmals amerikanische ATACMS-Raketen auf russischem Territorium eingesetzt und dabei ein Militärlager in Brjansk getroffen.



Die Vereinten Nationen sprachen von einer „besorgniserregenden Entwicklung“. „All das geht in die falsche Richtung. Was wir sehen wollen, ist, dass alle Parteien dringend Schritte unternehmen, um die Situation zu deeskalieren“, sagte UN-Sprecher Stéphane Dujarric in New York.

---

#### **6. NZZ: Putin sendet dem Westen seine bisher schärfste Atomwaffendrohung: Was bezweckt er, und was macht die neue russische Rakete so besonders?**

<https://www.nzz.ch/international/ukraine-putin-stoesst-seine-bisher-schaerfste-atomwaffen-drohung-aus-ld.1858821>

#### **Putin sendet dem Westen seine bisher schärfste Atomwaffendrohung:**

#### **Was bezweckt er, und was macht die neue russische Rakete so besonders?**

Mit dem ersten Kampfeinsatz einer Mittelstreckenrakete in Europa hat Russland eine weitere Schwelle der Kriegsführung überschritten.

Die wichtigsten Fragen und Antworten im Überblick.

Andreas Rüesch

22.11.2024, 12.00 Uhr

(...)

---

#### **7. Augengeradeaus: Aus dem vom Kreml veröffentlichten Transkript der Ansprache Putins**

<https://augengeradeaus.net/2024/11/putins-neue-mittelstreckenrakete-reaktion-auf-die-aggressiven-aktionen-der-nato-laender-gegen-russland/>

Aus dem [vom Kreml veröffentlichten Transkript der Ansprache Putins](#):

Ich möchte die Angehörigen der Streitkräfte der Russischen Föderation, die Bürger unseres Landes, unsere Freunde in der ganzen Welt und diejenigen, die sich weiterhin Illusionen über die Möglichkeit machen, Russland eine strategische Niederlage beizubringen, über die

Ereignisse informieren, die sich heute im Gebiet der militärischen Sonderoperation abspielen, nämlich nach dem Einsatz von Langstreckenwaffen westlicher Bauart auf unserem Territorium. (...)

Am 19. November schlugen sechs operativ-taktische ATACMS-Raketen aus US-amerikanischer Produktion und am 21. November in einem kombinierten Raketenangriff Storm Shadow-Systeme aus britischer Produktion und HIMARS-Systeme aus US-amerikanischer Produktion in militärischen Einrichtungen auf dem Gebiet der Russischen Föderation ein – in den Regionen Brjansk und Kursk.

Von diesem Moment an nahm der vom Westen provozierte Regionalkonflikt in der Ukraine, wie wir bei früheren Gelegenheiten wiederholt betont haben, Elemente eines globalen Charakters an. Unsere Luftverteidigungssysteme haben diese Angriffe abgewehrt. Die Ziele, die der Feind offensichtlich verfolgte, wurden somit nicht erreicht.

Das Feuer im Munitionsdepot in der Region Brjansk, das durch herabfallende ATACMS-Raketentrümmer verursacht wurde, ist gelöscht worden, und es gab keine Verletzten und keine schweren Schäden. Im Gebiet Kursk wurde ein Angriff auf einen der Gefechtsstände unserer Gruppe „Nord“ verübt.

Infolge des Angriffs und des Gefechts mit der Flugabwehr gibt es leider Tote und Verwundete unter dem Personal der externen Sicherheitseinheiten der Einrichtung und dem Wartungspersonal. Das Führungs- und Einsatzpersonal des Kontrollzentrums wurde nicht verletzt und führt in normaler Weise die Aktionen unserer Truppen zur Vernichtung und Vertreibung feindlicher Einheiten aus der Region Kursk durch.

(...)

Wir werden die Ziele für weitere Tests unserer neuesten Raketensysteme auf der Grundlage der Bedrohungen für die Sicherheit der Russischen Föderation festlegen. Wir halten uns für berechtigt, unsere Waffen gegen die militärischen Einrichtungen derjenigen Länder einzusetzen, die den Einsatz ihrer Waffen gegen unsere Einrichtungen zulassen, und im Falle einer Eskalation aggressiver Handlungen werden wir mit der gleichen Entschlossenheit und Konsequenz reagieren.

Ich empfehle, dass die herrschenden Eliten jener Länder, die Pläne für den Einsatz ihrer Militärkontingente gegen Russland ausbrüten, dies ebenfalls ernsthaft in Erwägung ziehen sollten.

(...)

Ich möchte noch einmal betonen, dass nicht Russland, sondern die Vereinigten Staaten von Amerika das System der internationalen Sicherheit zerstört haben und die ganze Welt durch ihren Kampf und ihr Festhalten an ihrer Hegemonie in einen globalen Konflikt treiben.

Wir haben es immer vorgezogen und sind auch jetzt bereit, alle

Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln zu lösen. Aber wir sind auch bereit für jede Entwicklung der Ereignisse.

Wenn jemand noch daran zweifelt, ist es vergebens – es wird immer eine Antwort geben.

(übersetzt mit deepl.com)

**Ergänzung** im Interesse der Quellen-Transparenz: Zusätzlich zu der obigen maschinellen Übersetzung

die vom Kreml selbst veröffentlichte englische Fassung – [im Netz hier](#) und als Sicherungskopie:

[20241121\\_Putin\\_Statement\\_engl](#)

— —

## **8. Der Freitag: Ein Albtraum: 2026 könnte von Deutschland aus auf russische Atomarsenale gezielt werden**

<https://www.freitag.de/autoren/hans-georg-ehrhart/sicherheit-von-deutschland-aus-mit-us-waffen-russland-angreifen>

### **Ein Albtraum: 2026 könnte von Deutschland aus auf russische Atomarsenale gezielt werden**

Die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ergibt nur dann Sinn,

wenn russische Arsenale, bis hin zu Atomwaffen, ins Visier genommen werden. Das wäre ein Albtraum

Von [Hans-Georg Ehrhart](#)

22.11.2024

Was auf einen ersten Blick als akademische Debatte erscheinen mag, ist angesichts globaler Großmächtekonkurrenz und des Krieges in der Ukraine eine veritable Überlebensfrage: Begünstigt das laufende Wettrüsten zwischen den mit Abstand stärksten Atommächten USA und Russland präemptive Kriegsoptionen oder strategische Stabilität?

Optionen zur Kriegführung hängen von Fähigkeiten und Absichten ab. Die Kenntnisse über die Fähigkeiten der Gegenseite sind wegen fehlender Rüstungskontrolle gesunken. So begegnet man jeder deklarierten Absicht

gerade in Krisenzeiten mit Misstrauen. Es herrschen Feindbilder vor, die Fehlentscheidungen begünstigen, weil sie Realitäten verzerren.

--

## **9. BSV: Pazifismus heute: Ein Gespräch über Alternativen zum Krieg in der Ukraine**

<https://soziale-verteidigung.de/produkt/pazifismus-heute-ein-gespraech-ueber-alternativen-zum-krieg-in-der-ukraine/>

**Pazifismus heute: Ein Gespräch über Alternativen zum Krieg in der Ukraine,**

**von Majken Jul Sørensen, aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler,**

**Irene Publishing und Bund für Soziale Verteidigung (Hg), 2024,**

**ISBN 978-91-89926-03-5, 85 Seiten, 10,00 €**

„Wie könnt ihr in Zeiten wie diesen noch Pazifisten sein?“, fragt EIN\*E SKEPTIKER\*IN. Die Invasion der russischen Armee ist dem Fragenden frisch im Gedächtnis. Majken Jul Sørensens erstem Impuls entspricht es, auf diese Frage zu antworten: „Wie ist es möglich, dass ihr in Zeiten wie diesen keine Pazifist\*innen seid? Bei all dem, was wir über die Folgen moderner Kriegsführung wissen! Warum werden alle Alternativen zum Krieg sorgfältig verschwiegen?“

In „Pazifismus heute“ stellt Majken Sørensen ihre Auffassung von Pazifismus und ihr Engagement für gewaltfreie Aktionen und unbewaffneten Widerstand gegen den Krieg mit Hilfe zahlreicher Beispiele dar. In dieser persönlichen Reflexion darüber, warum sie Pazifistin wurde, erklärt sie, wie ihr Engagement für den Pazifismus immer stärker wurde, je mehr sie über die Fähigkeit des Menschen, Konflikte mit gewaltfreien Mitteln zu lösen, erfuhr.

Die Frage der SKEPTIKER\*IN regte Majken dazu an, kurz darzustellen, dass und auf welche Weise Menschen jede soziale und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einer Besatzungsmacht verweigern können. Das kann zum Beispiel durch den Boykott von Schulen und von manipulierten Wahlen geschehen. In ihrer Antwort auf die Frage deckt Majken die einzigartige Dynamik des gewaltfreien Kampfes auf.

Sie weist darauf hin, dass Militarismus auf lange Sicht mehr schadet als nützt, und untersucht, unter welchen Umständen das russische Volk in der Lage sein könnte, Putin die Macht zu entziehen.

Die Schrift von Majken Jul Sørensen befasst sich mit den Argumenten und Dilemmata, denen sich Pazifist\*innen angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ausgesetzt sehen.

----

## 10. Bundeswehr in Bildungseinrichtungen

**GEW: Große Unterstützung der Popularklage gegen Bundeswehr-Fördergesetz**

<https://www.gew-bayern.de/presse/detailseite/gew-grosse-unterstuetzung-der-popularklage-gegen-bundeswehr-foerdergesetz-vor-bayerischem-verfassungsgerichtshof>

### Bundeswehr in Bildungseinrichtungen

**GEW: Große Unterstützung der Popularklage gegen Bundeswehr-Fördergesetz**

Nachdem der Landtag vor der Sommerpause ein Gesetz zur Förderung der Bundeswehr beschlossen hatte, kündigten die bayerischen Landesverbände von GEW und DFG-VK an, dagegen vor das Bayerische Verfassungsgericht zu ziehen. (...)

---

## 11. „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“ - Neue Kampagne für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen

<https://www.friedenskooperative.de/aktuelles/friedensfaehig-statt-erstschlagfaehig>

**„Friedensfähig statt erstschlagfähig!“**

**Neue Kampagne für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen**

Pressemitteilung vom 18.11.2024

Anfang November haben 36 Friedensorganisationen eine Kampagne gegen die Stationierung landgestützter US-Mittelstreckensysteme in Deutschland gestartet.

„Die Entscheidung zur Stationierung der Mittelstreckenwaffen in Deutschland ist eine Bedrohung für den Frieden in Europa“, warnen die beteiligten Organisationen, darunter auch das Netzwerk Friedenskooperative. (...)

Die Entscheidung zur Stationierung der Mittelstreckenwaffen in Deutschland führt uns erneut in das mögliche Szenario eines Atomkriegs in Europa. Stattdessen sollten alle Parteien weiter eskalierende Schritte unterlassen und zur Rüstungskontrolle zurückkehren. Perspektivisch nötig sind Initiativen zur Abrüstung aller Mittelstreckenwaffen in Europa.

**Die Forderungen der Kampagne sind im Einzelnen:**

- Ein Stopp der geplanten Stationierung neuer US-Mittelstreckensysteme in Deutschland
- Einen Abbruch der Projekte zur Entwicklung eigener, europäischer Hyperschallwaffen und Marschflugkörper, an denen Deutschland sich beteiligen will
- Dialog statt Aufrüstung: Die Wiederaufnahme von Verhandlungen über Rüstungskontrolle und (nukleare) Abrüstung (z.B. für ein multilaterales Folgeabkommen zum INF-Vertrag)
- Neue Initiativen für gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit und die langfristige Vision einer neuen Friedensordnung in Europa

— —

**12. ICC-CPI: Pressemitteilung des Internationalen Strafgerichtshofs**

**Original-Text in englisch:** <https://www.icc-cpi.int/news/situation-state-palestine-icc-pre-trial-chamber-i-rejects-state-israels-challenges>

**Pressemitteilung des Internationalen Strafgerichtshofs**

21. November 2024

**Lage im Staat Palästina: I. Vorverfahrenskammer des IStGH weist die Anfechtungen der Gerichtsbarkeit durch den Staat Israel zurück und erlässt Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant**

Heute, am 21. November 2024, hat die Vorverfahrenskammer I des Internationalen Strafgerichtshofs („Gerichtshof“) in ihrer Zusammensetzung für die Situation im Staat Palästina einstimmig zwei Entscheidungen erlassen, mit denen die Anfechtungen des Staates Israel („Israel“) gemäß Artikel 18 und 19 des Römischen Statuts (das „Statut“) zurückgewiesen wurden. Sie erließ außerdem Haftbefehle gegen Benjamin Netanyahu und Yoav Gallant.

## **Entscheidungen über Anträge des Staates Israel**

Die Kammer entschied am 26. September 2024 über zwei Anträge Israels. Im ersten Antrag stellte Israel die Zuständigkeit des Gerichtshofs für die Lage im Staat Palästina im Allgemeinen und für israelische Staatsangehörige im Besonderen auf der Grundlage von Artikel 19 Absatz 2 des Statuts in Frage. Im zweiten Antrag forderte Israel die Kammer auf, die Anklagebehörde anzuweisen, ihren Behörden eine neue Mitteilung über die Einleitung einer Untersuchung gemäß Artikel 18 Absatz 1 des Statuts zu übermitteln.

Israel forderte die Kammer außerdem auf, alle Verfahren vor dem Gerichtshof in der betreffenden Situation einzustellen, einschließlich der Prüfung der von der Anklagebehörde am 20. Mai 2024 eingereichten Anträge auf Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant.

Was die erste Anfechtung betrifft, so stellte die Kammer fest, dass die Anerkennung der Zuständigkeit des Gerichtshofs durch Israel nicht erforderlich ist, da der Gerichtshof seine Zuständigkeit auf der Grundlage der territorialen Zuständigkeit Palästinas ausüben kann, wie sie von der Vorverfahrenskammer I in einer früheren Zusammensetzung festgelegt wurde.

Darüber hinaus vertrat die Kammer die Auffassung, dass gemäß Artikel 19 Absatz 1 des Statuts die Staaten nicht berechtigt sind, die Zuständigkeit des Gerichtshofs gemäß Artikel 19 Absatz 2 vor der Ausstellung eines Haftbefehls anzufechten. Daher ist die Anfechtung durch Israel verfrüht. Dies gilt unbeschadet etwaiger künftiger Anfechtungen der Zuständigkeit des Gerichtshofs und/oder der Zulässigkeit eines bestimmten Falls.

Entscheidung über die Anfechtung der Zuständigkeit des Gerichtshofs durch Israel gemäß Artikel 19 Absatz 2 des Römischen Statuts

Die Kammer wies auch den Antrag Israels gemäß Artikel 18 Absatz 1 des Statuts zurück. Die Kammer erinnerte daran, dass die Anklagebehörde Israel im Jahr 2021 über die Einleitung einer Untersuchung informiert hatte. Zu diesem Zeitpunkt entschied sich Israel trotz eines Klärungsersuchens der Anklagebehörde, kein Gesuch um Aufschub der Untersuchung zu stellen.

Darüber hinaus vertrat die Kammer die Auffassung, dass die Parameter der Untersuchung in der Situation gleich geblieben sind und daher keine erneute Benachrichtigung des Staates Israel erforderlich war. Vor diesem Hintergrund befanden die Richter, dass es keinen Grund gab, die Prüfung der Anträge auf Haftbefehle auszusetzen.

Entscheidung über den Antrag Israels auf Anordnung an die Staatsanwaltschaft, eine Mitteilung nach Artikel 18(1) zu machen

## **Haftbefehle**

Die Kammer erließ Haftbefehle gegen zwei Personen, Herrn Benjamin

Netanyahu und Herrn Yoav Gallant, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die sie mindestens vom 8. Oktober 2023 bis zum 20. Mai 2024, dem Tag, an dem die Staatsanwaltschaft die Anträge auf Haftbefehle stellte, begangen haben sollen.

Die Haftbefehle sind als „geheim“ eingestuft, um Zeugen zu schützen und den Ablauf der Ermittlungen zu gewährleisten. Die Kammer hat jedoch beschlossen, die folgenden Informationen zu veröffentlichen, da ein ähnliches Verhalten wie das im Haftbefehl angesprochene offenbar anhält. Darüber hinaus ist die Kammer der Ansicht, dass es im Interesse der Opfer und ihrer Familien liegt, über die Existenz der Haftbefehle informiert zu werden.

Die Kammer war zunächst der Ansicht, dass das mutmaßliche Verhalten von Herrn Netanyahu und Herrn Gallant in die Zuständigkeit des Gerichtshofs fällt. Die Kammer erinnerte daran, dass sie bereits in einer früheren Zusammensetzung entschieden hatte, dass sich die Zuständigkeit des Gerichtshofs in dieser Situation auf den Gazastreifen und das Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, erstreckt.

Darüber hinaus lehnte es die Kammer ab, ihre Ermessensbefugnisse proprio motu zu nutzen, um die Zulässigkeit der beiden Fälle in diesem Stadium zu bestimmen. Dies gilt unbeschadet einer späteren Entscheidung über die Zuständigkeit und Zulässigkeit der Fälle.

In Bezug auf die Verbrechen stellte die Kammer fest, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass Herr Netanyahu, geboren am 21. Oktober 1949, zum Zeitpunkt des betreffenden Verhaltens Premierminister Israels, und Herr Gallant, geboren am 8. November 1958, zum Zeitpunkt des mutmaßlichen Verhaltens Verteidigungsminister Israels zum Zeitpunkt des mutmaßlichen Verhaltens, jeweils die strafrechtliche Verantwortung für die folgenden Verbrechen als Mittäter tragen, die sie gemeinsam mit anderen begangen haben: das Kriegsverbrechen des Aushungerns als Methode der Kriegsführung und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit des Mordes, der Verfolgung und anderer unmenschlicher Handlungen.

Die Kammer stellte außerdem begründete Gründe für die Annahme fest, dass Herr Netanyahu und Herr Gallant jeweils die strafrechtliche Verantwortung als zivile Vorgesetzte für das Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Anweisung eines Angriffs gegen die Zivilbevölkerung tragen.

### **Mutmaßliche Verbrechen**

Die Kammer kam zu dem begründeten Schluss, dass während des relevanten Zeitraums das humanitäre Völkerrecht im Zusammenhang mit dem internationalen bewaffneten Konflikt zwischen Israel und Palästina anwendbar war. Dies liegt daran, dass beide Parteien Vertragsparteien der Genfer Konventionen von 1949 sind und Israel zumindest Teile Palästinas besetzt hält.

Die Kammer stellte außerdem fest, dass das Recht im Zusammenhang mit



nicht-internationalen bewaffneten Konflikten auf die Kämpfe zwischen Israel und der Hamas anwendbar war. Die Kammer stellte fest, dass das mutmaßliche Verhalten von Herrn Netanyahu und Herrn Gallant die Aktivitäten israelischer Regierungsstellen und der Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung in Palästina, genauer gesagt gegen Zivilisten in Gaza, betraf. Es ging daher um die Beziehung zwischen zwei Parteien eines internationalen bewaffneten Konflikts sowie um die Beziehung zwischen einer Besatzungsmacht und der Bevölkerung in einem besetzten Gebiet.

Aus diesen Gründen hielt es die Kammer im Hinblick auf Kriegsverbrechen für angebracht, die Haftbefehle gemäß dem Recht des internationalen bewaffneten Konflikts zu erlassen. Die Kammer stellte außerdem fest, dass die mutmaßlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit Teil eines weit verbreiteten und systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung von Gaza waren.

Die Kammer war der Ansicht, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass beide Personen der Zivilbevölkerung in Gaza absichtlich und wissentlich Gegenstände vorenthalten haben, die für ihr Überleben unerlässlich sind, darunter Lebensmittel, Wasser, Medikamente und medizinische Hilfsgüter sowie Treibstoff und Strom, und zwar mindestens vom 8. Oktober 2023 bis zum 20. Mai 2024.

Diese Feststellung beruht auf der Rolle von Herrn Netanyahu und Herrn Gallant bei der Behinderung der humanitären Hilfe unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und ihrem Versäumnis, die Hilfe mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu erleichtern. Die Kammer stellte fest, dass ihr Verhalten dazu führte, dass humanitäre Organisationen nicht mehr in der Lage waren, die notleidende Bevölkerung in Gaza mit Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern zu versorgen.

Die oben genannten Beschränkungen in Verbindung mit der Unterbrechung der Stromversorgung und der Reduzierung der Treibstoffversorgung hatten auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Wasser in Gaza und die Fähigkeit der Krankenhäuser, medizinische Versorgung bereitzustellen.

Die Kammer stellte außerdem fest, dass Entscheidungen, die humanitäre Hilfe in Gaza zuzulassen oder zu erhöhen, oft an Bedingungen geknüpft waren. Sie wurden nicht getroffen, um die Verpflichtungen Israels nach dem humanitären Völkerrecht zu erfüllen oder um sicherzustellen, dass die Zivilbevölkerung in Gaza angemessen mit lebensnotwendigen Gütern versorgt wird. Tatsächlich waren sie eine Reaktion auf den Druck der internationalen Gemeinschaft oder auf Forderungen der Vereinigten Staaten von Amerika. In jedem Fall reichten die Erhöhungen der humanitären Hilfe nicht aus, um den Zugang der Bevölkerung zu lebensnotwendigen Gütern zu verbessern.

Darüber hinaus hatte die Kammer berechtigte Gründe zu der Annahme, dass für die Beschränkungen des Zugangs für humanitäre Hilfsmaßnahmen kein eindeutiger militärischer Bedarf oder eine andere Rechtfertigung

nach dem humanitären Völkerrecht festgestellt werden konnte. Trotz der Warnungen und Appelle unter anderem des UN-Sicherheitsrats, des UN-Generalsekretärs, von Staaten sowie von Regierungs- und zivilgesellschaftlichen Organisationen zur humanitären Lage in Gaza wurde nur minimale humanitäre Hilfe genehmigt.

In diesem Zusammenhang berücksichtigte die Kammer die anhaltende Entbehrungsperiode und die Aussage von Herrn Netanjahu, der den Stopp der Lieferung lebenswichtiger Güter und humanitärer Hilfe mit Kriegszielen in Verbindung brachte.

Die Kammer kam daher zu dem Schluss, dass es berechnigte Gründe für die Annahme gibt, dass Herr Netanjahu und Herr Gallant die strafrechtliche Verantwortung für das Kriegsverbrechen des Aushungerns als Kriegsführungsmethode tragen.

Die Kammer stellte fest, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass der Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser, Strom und Treibstoff sowie an bestimmten medizinischen Hilfsgütern Lebensbedingungen geschaffen hat, die darauf abzielten, einen Teil der Zivilbevölkerung in Gaza zu vernichten, was zum Tod von Zivilisten, darunter auch Kindern, aufgrund von Unterernährung und Dehydrierung führte.

Auf der Grundlage des von der Anklagevertretung vorgelegten Materials, das den Zeitraum bis zum 20. Mai 2024 abdeckt, konnte die Kammer nicht feststellen, dass alle Elemente des Verbrechens gegen die Menschlichkeit der Ausrottung erfüllt waren. Die Kammer stellte jedoch fest, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass das Verbrechen gegen die Menschlichkeit des Mordes im Zusammenhang mit diesen Opfern begangen wurde.

Darüber hinaus sind die beiden Personen auch dafür verantwortlich, dass sie durch die vorsätzliche Einschränkung oder Verhinderung der Einfuhr von medizinischer Ausrüstung und Medikamenten nach Gaza, insbesondere von Anästhetika und Anästhesiegeräten, großes Leid durch unmenschliche Handlungen an behandlungsbedürftigen Personen verursacht haben.

Ärzte waren gezwungen, verwundete Personen und Amputationen, auch bei Kindern, ohne Betäubungsmittel durchzuführen und/oder waren gezwungen, unzureichende und unsichere Mittel zur Sedierung von Patienten einzusetzen, was diesen Personen extreme Schmerzen und Leiden verursachte. Dies kommt dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit anderer unmenschlicher Handlungen gleich.

Die Kammer sah auch hinreichende Gründe für die Annahme, dass das oben genannte Verhalten einen erheblichen Teil der Zivilbevölkerung in Gaza ihrer Grundrechte beraubte, einschließlich des Rechts auf Leben und Gesundheit, und dass die Bevölkerung aus politischen und/oder nationalen Gründen ins Visier genommen wurde. Sie stellte daher fest, dass das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Verfolgung begangen wurde.

Schließlich kam die Kammer zu dem Schluss, dass es hinreichende Gründe

für die Annahme gibt, dass Herr Netanyahu und Herr Gallant als zivile Vorgesetzte strafrechtlich für das Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Anweisung von Angriffen gegen die Zivilbevölkerung von Gaza verantwortlich sind.

In diesem Zusammenhang stellte die Kammer fest, dass die von der Anklagevertretung vorgelegten Unterlagen nur Feststellungen zu zwei Vorfällen zuließen, die als vorsätzlich gegen Zivilisten gerichtete Angriffe eingestuft wurden. Es besteht Grund zu der Annahme, dass Herr Netanyahu und Herr Gallant, obwohl ihnen Maßnahmen zur Verfügung standen, um die Begehung von Straftaten zu verhindern oder zu unterbinden oder die Angelegenheit den zuständigen Behörden zu übergeben, dies nicht getan haben.

## **Hintergrund**

Am 1. Januar 2015 reichte der Staat Palästina eine Erklärung gemäß Artikel 12(3) des Römischen Statuts ein, in der er die Zuständigkeit des Gerichtshofs seit dem 13. Juni 2014 anerkannte.

Am 2. Januar 2015 trat der Staat Palästina dem Römischen Statut bei, indem er seine Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegte. Das Römische Statut trat für den Staat Palästina am 1. April 2015 in Kraft.

Am 22. Mai 2018 übergab der Staat Palästina dem Ankläger gemäß Artikel 13(a) und 14 des Römischen Statuts die Situation seit dem 13. Juni 2014 ohne Enddatum.

Am 3. März 2021 kündigte der Staatsanwalt die Einleitung einer Untersuchung der Situation im Staat Palästina an. Dies folgte auf die Entscheidung der Vorverfahrenskammer I vom 5. Februar 2021, dass der Gerichtshof seine strafrechtliche Zuständigkeit in dieser Situation ausüben könne und dass sich der territoriale Geltungsbereich dieser Zuständigkeit mehrheitlich auf den Gazastreifen und das Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, erstreckt.

Am 17. November 2023 erhielt die Staatsanwaltschaft eine weitere Verweisung der Situation im Staat Palästina von Südafrika, Bangladesch, Bolivien, den Komoren und Dschibuti, und am 18. Januar 2024 legten die Republik Chile und der Vereinigte Mexikanische Staat der Staatsanwaltschaft zusätzlich eine Verweisung in Bezug auf die Situation im Staat Palästina vor.

— —

**13. taz: Haftbefehl gegen Netanjahu - Begründeter Verdacht für Kriegsverbrechen**

<https://taz.de/Haftbefehl-gegen-Netanjahu/!6048843/>

## **Haftbefehl gegen Netanjahu**

### **Begründeter Verdacht für Kriegsverbrechen**

Kommentar von Susanne Knaul

Im Gazastreifen ist kein Ende in Sicht, es gibt keine israelische Exit-Strategie. Richtig ist, den internationalen Druck auf Netanjahu zu erhöhen.

21.11.2024 19:42 Uhr

Die Welt wird kleiner für Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu. In gut 120 Staaten droht ihm, wie dem früheren Verteidigungsminister Joav Galant, die sofortige Verhaftung. Auch die Bundesrepublik wäre im Prinzip dazu verpflichtet, Netanjahu Handschellen anzulegen, sollte er sich – dem Erlass des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) zum Trotz – auf die Reise nach Berlin begeben. Endlich bekommt Israels Regierungschef eine erste Quittung für die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Israels Armee in seinem Auftrag begeht.

Sechs Monate nach dem entsprechenden Antrag des Chefanklägers Karim Khan und inzwischen über 40.000 im Krieg getöteten PalästinenserInnen werden Netanjahu und sein früherer Verteidigungsminister in eine Reihe mit den übelsten Kriegsverbrechern gestellt, Seite an Seite auch mit Wladimir Putin. So liege begründeter Verdacht auf das Aushungern als Kriegsmethode vor und für den vorsätzlichen Angriff auf die Zivilbevölkerung im Gazastreifen. (...)

Dass die PalästinenserInnen im Gazastreifen kollektiv in Haft für die Gräueltaten der Hamas genommen werden, muss ein Ende haben. Bislang zeigen weder die innenpolitischen Proteste gegen Netanjahu noch die internationalen Mahnungen Wirkung. Zum ersten Mal wird Israels Regierungschef mit einer für ihn persönlich bitteren Maßnahme konfrontiert. Es wird ihn nicht zum Umdenken bringen, aber die Richtung stimmt.

— —

## **14. Deutschland muss umgehend aufhören, die Vernichtung von Palästinenser:innen zu unterstützen**

### **- Offener Brief an die deutsche Bundesregierung**

<https://drive.google.com/file/d/1sAtEstiz5Nc4wQDNyyjiRS9d2U1dvEuv/view>

**Deutschland muss umgehend aufhören,  
die Vernichtung von Palästinenser:innen zu unterstützen**

**Offener Brief an die deutsche Bundesregierung**

(...)

-----

**Die Liste der Unterzeichner:innen findet sich hier:**

[https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSevHkL5W5XT5dggM\\_RkWPi9jXc4AtHE4SwTHstQqQI85YVuMg/viewform](https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSevHkL5W5XT5dggM_RkWPi9jXc4AtHE4SwTHstQqQI85YVuMg/viewform)

**First Signatories (in alphabetical order):**

(...)

---

**15. Der Spiegel: Israels Krieg gegen die Hamas - Wie ein »Bild«-Bericht zur Staatsaffäre wurde**

<https://www.spiegel.de/ausland/israel-wie-ein-bild-bericht-zur-staatsaffaere-wurde-a-ec43e259-3ba0-4ea8-bdbb-e1f721b0f976>

**Israels Krieg gegen die Hamas**

**Wie ein »Bild«-Bericht zur Staatsaffäre wurde**

Die »Bild«-Zeitung soll Teile eines geheimen Hamas-Dokuments mitsamt einer verfälschten Deutung veröffentlicht haben.

Das Umfeld von Premier Netanyahu soll es ihr zugespielt haben, um die Proteste gegen ihn zu diskreditieren.

Von [David Issacharoff](#)

22.11.2024, 14.42 Uhr

(...)

-----

**16: Der Spiegel: Premier Netanyahu unter Druck - Leak eines Top-Secret-Berichts an die »Bild«-Zeitung erschüttert Israel**

<https://www.spiegel.de/ausland/israel-von-leak-eines-top-secret-berichts-an-die-bild-zeitung-erschuettert-a-32820e97-f4e1-44c7-8a15-a5185a9b1db9>

## **Premier Netanyahu unter Druck - Leak eines Top-Secret-Berichts an die »Bild«-Zeitung erschüttert Israel**

An den Ermittlungen waren der Inlandsgeheimdienst, Armee und Polizei beteiligt: Israels Justiz prüft, ob mehrere Personen Geheimdokumente über die Hamas an Journalisten durchgestochen haben. Einer der Verdächtigen arbeitete offenbar für Premier Netanyahu.

02.11.2024, 11.29 Uhr

Israelische Behörden haben mehrere Personen festgenommen. Der Verdacht: Sie sollen geheime Informationen aus dem Büro von Premier Benjamin Netanyahu weitergegeben haben. Diese könnten Israels Kriegsziele im Gazastreifen gefährden, hieß es.

Das berichten israelische Medien und führende Journalisten des Landes übereinstimmend:

Der öffentlich-rechtliche Sender KAN,

der für das US-Portal »Axios« und CNN arbeitende Investigativjournalist Barak Ravid,

Itamar Eichner, diplomatischer Korrespondent der auflagenstärksten Tageszeitung des Landes, »Jediot Achronot«

und Ronen Bergman; der international anerkannte Geheimdienstexperte arbeitet ebenfalls für die »Jediot Achronot« sowie für das »New York Time Magazine«.

Zuvor hatte ein Ermittlungsrichter eine Nachrichtensperre zu dem Fall teilweise aufgehoben.

Netanyahus Büro wies Medienberichte zurück, unter den Festgenommenen seien Mitarbeiter seines Büros. Der Regierungschef forderte eine sofortige und vollständige Aufhebung der Nachrichtensperre. »Sie dient nur als Deckmantel für die böswillige und vorsätzliche Verunglimpfung des Amtes des Ministerpräsidenten«, teilte das Presseamt der Regierung mit.

An den Ermittlungen waren Medienberichten zufolge der israelische Inlandsgeheimdienst Shin Beth, die Armee und die Polizei beteiligt.

Das ist über den Fall bislang bekannt:

KAN meldet, ein Ex-Sprecher von Netanyahu habe diesen zu geheimen Lagebesprechungen mit Militärs begleitet, ohne dafür eigentlich zugelassen gewesen zu sein; eine entsprechende Freigabe durch den

Schin Bet habe nicht vorgelegen.

Itamar Eichner schreibt, diese Person soll vertrauliche Informationen an die »Bild«-Zeitung und israelische Journalisten weitergegeben haben . Dies habe im September mutmaßlich zur Veröffentlichung eines Artikels geführt , in dem ein Dokument präsentiert wurde, das auf einem Computer von Yahya Sinwar gefunden worden sei, dem mittlerweile getöteten Ex-Hamas-Chef.

Laut »Bild« zeigte dieses Dokument, »wie die Terroristen die internationale Gemeinschaft manipulieren, die Geiselfamilien quälen und wieder aufrüsten wollen«.

Barak Ravid schreibt , die Verhaftungen stünden im Zentrum des vermutlich größten Skandals der israelischen Regierung seit Beginn des Gazakriegs.

Der Grund: Noch ist unklar, ob Netanyahu von dem vermeintlichen Leak des Top-Secret-Berichts wusste. Das Durchstechen der Geheimdienstinformationen sollte, so schreibt Ravid, die öffentliche Meinung in Israel beeinflussen, indem Netanyahus harte Haltung in der Feuerpausen- und Geiselfrage mit Argumenten unterfüttert wurde.

dop/dpa

---

## **17. change.org: Offener Leserbrief an die Tagesschau-Redaktion**

***Der folgende Brief kann mitunterzeichnet werden:***

[https://www.change.org/p/offener-leserbrief-an-die-tagesschau-redaktion?recruiter=138447090&recruited\\_by\\_id=b22de019-010f-4dc5-9774-3a1b47d395e0&utm\\_source=share\\_petition&utm\\_campaign=psf\\_combo\\_share\\_initial&utm\\_medium=copylink&utm\\_content=cl\\_sharecopy\\_490289866\\_de-DE%3A1](https://www.change.org/p/offener-leserbrief-an-die-tagesschau-redaktion?recruiter=138447090&recruited_by_id=b22de019-010f-4dc5-9774-3a1b47d395e0&utm_source=share_petition&utm_campaign=psf_combo_share_initial&utm_medium=copylink&utm_content=cl_sharecopy_490289866_de-DE%3A1)

### **Offener Leserbrief an die Tagesschau-Redaktion**

8. November 2024

(...)

#### **WIR FORDERN EINE AUSGEWOGENE BERICHTERSTATTUNG, DIE SICH**

- auf vielseitige Quellen stützt und keine Kriegspartei bevorzugt
- auch palästinensischen Menschen eine Stimme gibt
- allen die gleiche mediale Aufmerksamkeit und Empathie zuspricht

- Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit klar benennt und nicht verharmlost

-----

## **18. FÜR EINEN GERECHTEN FRIEDEN IN PALÄSTINA UND ISRAEL**

<https://gerechter-frieden.org/aufruf/>

### **FÜR EINEN GERECHTEN FRIEDEN**

### **IN PALÄSTINA UND ISRAEL**

### **Zivilbevölkerung schützen, Waffenexporte stoppen!**

(...)

#### **Wir fordern von der Bundesregierung:**

- Setzen Sie sich mit allen Mitteln für einen sofortigen und umfassenden Waffenstillstand ein. Nur ein Waffenstillstand schafft die Bedingungen für ein Ende des Tötens und für die Freilassung der Geiseln und unrechtmäßig Inhaftierten.

- Liefern Sie keine Rüstungsgüter an Israel, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden.

- Unterstützen Sie die internationale Gerichtsbarkeit ohne Einschränkungen, um die jahrzehntelange Straflosigkeit zu beenden.

- Setzen Sie sich im Sinne des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 mit aller Kraft für ein Ende der illegalen Besatzung, des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus und der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland ein.

- Schützen Sie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland: Der Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus darf nicht gegen das Recht auf friedlichen Protest ausgespielt werden.

Wir wollen mit der Veranstaltung einen Raum für friedlichen Protest schaffen, der frei ist von Diskriminierung und Gewalt. Rassistische, anti-palästinensische und/oder antisemitische Äußerungen oder Handlungen akzeptieren wir nicht.



Aufrufende Organisationen: (...)

-----

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt  
Referent für Friedensfragen beim deutschen  
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

-----

Clemens Ronnefeldt  
Referent für Friedensfragen beim deutschen  
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes  
A.-v.-Humboldt-Weg 8a  
85354 Freising

Tel.: 08161-547015

Fax: 08161-547016

[C.Ronnefeldt@t-online.de](mailto:C.Ronnefeldt@t-online.de)  
[www.versoehnungsbund.de](http://www.versoehnungsbund.de)

Spendenkonto für die Arbeit des  
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

**IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00**

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt